

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sabine Schatz,

Genossinnen und Genossen

betreffend Kostenübernahme von Exkursionen zu Gedenkstätten

Bereits im Mai 2020 präsentierte das Zentrum für Politische Bildung im Auftrag der Arbeiterkammer Wien eine repräsentative Studie, die den historischen Wissensstand von Schülerinnen und Schülern der neunten Schulstufe untersuchte. Die Ergebnisse zeigen eklatante Lücken im Wissen um den Nationalsozialismus, obwohl die Zeit zwischen 1939 und 1945 im Jahr davor, also in der achten Schulstufe, im Lehrplan verankert ist.

Rund 1.200 Wiener Schülerinnen und Schüler an AHS, berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) und polytechnischen Schulen (PTS) wurden 14 Fragen gestellt. Weniger als ein Drittel der AHS-Schülerinnen und Schüler konnten den Begriff Antisemitismus richtig definieren, nur etwa ein Drittel aller befragten Schülerinnen und Schüler konnte die NSDAP korrekt benennen. Die Zahl der vom Nationalsozialismus ermordeten Jüdinnen und Juden wurde von den Schülerinnen und Schülern massiv unterschätzt. Parallel dazu zeigt der Antisemitismusbericht vom ersten Halbjahr 2021 einen deutlichen Anstieg an antisemitischen Vorfällen. Es wurden 562 Vorfälle gemeldet und damit doppelt so viele, wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres (257).

Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel für die Prävention von Antisemitismus und Rechtsextremismus. Insbesondere der Geschichtsunterricht nimmt hier eine zentrale Stellung ein. Speziell dem sekundären Antisemitismus, der sich durch Desinteresse, Externalisierung, beziehungsweise Viktimisierung oder auch in einer Abwehrhaltung zeigt, kann mit einem Besuch in einer Gedenkstätte entgegengewirkt werden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, die finanziellen Mittel für Exkursionen in die Gedenkstätte Mauthausen oder andere Gedenkstätten während der Pflichtschulzeit für alle Schülerinnen und Schüler in Bundes-, Landes- und Berufsschulen zur Verfügung zu stellen. Es sollen jedenfalls die Kosten sowohl für An- und Abreise als auch begleitende Rundgänge oder andere Bildungsangebote übernommen werden.“

46 FA

Adriana-Dorel

Lucretia Jelenc

SCHATZ

Sabat

In formeller Hinsicht wird eine Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.

